

12. 05. 80

Sachgebiet 2032

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Erhöhung von Dienst und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1980 (Bundesbesoldungs- und -versorgungserhöhungsgesetz 1980 — BBVEG 80)

A. Zielsetzung

Anpassung der Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten sowie der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und Gemeinden entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (§ 14 BBesG/§ 70 BeamtVG).

B. Lösung

1. Mit Wirkung vom 1. März 1980 werden die Bezüge linear um 6,3 v. H. erhöht; Empfänger niedrigerer Besoldungs- und Versorgungsbezüge erhalten als Belastungsausgleich eine zusätzliche Zahlung.
2. Für Empfänger niedrigerer Besoldungsbezüge werden ab 1. März 1981 die vermögenswirksamen Leistungen angehoben; bis zum Inkrafttreten dieser Regelung wird ihnen übergangsweise ab 1. März 1980 eine monatliche Zulage gewährt.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Für den Bereich des Bundes (ohne Bundesbahn und Bundespost) werden für das Haushaltsjahr 1980 Mehrkosten von rund 1104 Millionen DM entstehen. Neben der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost werden auch die Länder und Gemeinden mit Mehrkosten belastet werden.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (13) — 225 00 — Bu 151/80

Bonn, den 12. Mai 1980

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1980 (Bundesbesoldungs- und -versorgungserhöhungsgesetz 1980 — BBVEG 80) mit Begründung, Vorblatt und 6 Anlagen. Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 486. Sitzung am 9. Mai 1980 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

Entwurf eines Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1980

(Bundesbesoldungs- und -versorgungserhöhungsgesetz 1980 — BBVEG 80)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

ABSCHNITT I

Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern

§ 1

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Oktober 1979 (BGBl. I S. 1673), zuletzt geändert durch wird wie folgt geändert:

1. An die Stelle der Grundgehaltssätze in der Anlage IV treten die Grundgehaltssätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes,
2. an die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage V treten die Sätze in der Anlage 2 dieses Gesetzes,
3. an die Stelle der Sätze des Auslandszuschlages in den Anlagen VI a bis VI e und des Auslandskindzuschlages in der Anlage VI f treten die Sätze in den Anlagen 3 a bis 3 f dieses Gesetzes,
4. an die Stelle der Sätze der Zulage in der Anlage VII treten die Sätze in der Anlage 4 dieses Gesetzes,
5. an die Stelle der Sätze des Anwärtergrundbetrages und des Anwärterverheiratetenzuschlages in der Anlage VIII treten die Sätze in der Anlage 5 dieses Gesetzes,
6. an die Stelle der Sätze der Amtszulagen in der Anlage IX treten die Sätze in der Anlage 6 dieses Gesetzes.

§ 2

(1) Um 6,3 vom Hundert werden erhöht

1. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)
 - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,
 - b) in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder,
2. a) Zuschüsse zum Grundgehalt nach Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nummer 1 und 2, die in festen Beträgen festgesetzt sind,
- b) Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte

Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,

3. Amtszulagen in Landesbesoldungsordnungen.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuordnung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. Dies gilt auch für Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Festgehälter, Zuschüsse zum Grundgehalt und Amtszulagen werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschullehrer, in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug einer einheitlichen Dienstalterszulage ermittelt werden, die um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Dienstalterszulagen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

§ 3

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage 2 des Bundesbesoldungs- und -versorgungserhöhungsgesetzes 1979 vom 30. Juli 1979 (BGBl. I S. 1285) die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 2 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie die ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970

(Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 201) in der Fassung des Bundesbesoldungs- und -versorgungserhöhungsgesetzes 1979 um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage 2 des in Satz 1 genannten Gesetzes treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezüge eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezüge Amtszulagen nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, treten an die Stelle der Sätze der Amtszulagen die Sätze in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 6 dieses Gesetzes. Soweit den Versorgungsbezügen Amtszulagen zugrunde liegen, die nicht in dieser Anlage aufgeführt sind, werden diese um 6,3 vom Hundert erhöht.

(6) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 6,1 vom Hundert erhöht.

§ 4

Der durchschnittliche Hundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge im Sinne des § 70 Abs. 3 des Beamtenversorgungsgesetzes vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2485), das zuletzt durch geändert worden ist, wird für das Bundesbesoldungs- und -versorgungserhöhungsgesetz 1980 auf 6,1 vom Hundert festgestellt.

ABSCHNITT II Zusätzliche Zahlung

§ 5

Eine zusätzliche Zahlung nach § 6 erhalten die am 1. März 1980 vorhandenen Empfänger von Dienstbezügen (§ 1 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes), die

1. während des ganzen Monats März 1980 bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§ 29 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes) in einem hauptberuflichen Dienst- oder Arbeitsverhältnis oder einem Ausbildungsverhältnis gestanden haben und
2. für mindestens einen Tag im Monat März 1980 Dienstbezüge erhalten haben.

§ 6

(1) Die Zahlung beträgt für Empfänger von Dienstbezügen, bei denen die Erhöhung von Grundgehalt, Amtszulagen und Ortszuschlag der Stufe 2 für den Monat März 1980 nicht den Betrag von 110 Deutsche Mark erreicht, das Zwölfwache des Unterschiedsbetrages.

(2) Bei teilzeitbeschäftigten Empfängern von Dienstbezügen tritt an die Stelle des Betrages von 110 Deutsche Mark der Teilbetrag, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

(3) Bei Beamten, die durch das Amt nicht voll in Anspruch genommen sind, tritt an die Stelle des Betrages von 110 Deutsche Mark der Teilbetrag, der dem Maß der Inanspruchnahme durch das Amt entspricht.

(4) Bei beurlaubten Empfängern von Dienstbezügen tritt an die Stelle des Betrages von 110 Deutsche Mark der Teilbetrag, der dem Verhältnis der während der Beurlaubung gewährten Bezüge zu den vollen Bezügen entspricht.

(5) Gehört der dienstliche Wohnsitz eines Berechtigten zu einem anderen Währungsgebiet als dem der Deutschen Mark, so finden §§ 7, 54 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechende Anwendung.

(6) Maßgebend für die Fälle der Absätze 2 bis 5 sind die Verhältnisse am 1. März 1980.

§ 7

Erreicht die Erhöhung der Versorgungsbezüge am 1. März 1980 vor Anwendung von Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften und ohne Berücksichtigung des Unterschiedsbetrages nach § 50 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes oder entsprechenden Vorschriften

1. bei Empfängern von Ruhegehalt, Unterhaltsbeiträgen in Höhe des Ruhegehalts oder Übergangsgebühren nicht den Betrag von 82,50 Deutsche Mark,
2. bei sonstigen Versorgungsempfängern nicht den ihrem Anteilssatz entsprechenden Teilbetrag von 82,50 Deutsche Mark,

so erhalten sie eine zusätzliche Zahlung in Höhe des Zwölfwachen des Unterschiedsbetrages. Bei nach § 69 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes versorgungsberechtigten geschiedenen Ehefrauen, deren Versorgungsbezüge in festen Beträgen festgesetzt sind, ist als Anteilssatz der Hundertsatz zugrunde zu legen, der dem Verhältnis dieser Beträge zum Ruhegehalt entspricht. § 6 Abs. 3 dieses Gesetzes gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt.

(2) Bei mehreren Dienstverhältnissen gilt § 5 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend. Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(3) Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(4) Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften finden keine Anwendung.

(5) Im Sinne der Absätze 1 bis 4 stehen der Zahlung entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 53 Abs. 5 des Beamtenversorgungsgesetzes oder entsprechende Vorschriften) der Zahlung nach diesen Vorschriften gleich, auch wenn die Regelungen im einzelnen nicht übereinstimmen.

(6) Ist nach Anwendung der Absätze 1 bis 5 einem Anspruchsberechtigten aus dem vorgehenden Rechtsverhältnis ein geringerer Betrag zu zahlen, als ihm aus einem nachrangigen Rechtsverhältnis zustehen würde, ist ihm der Unterschied aus dem anderen Rechtsverhältnis zu zahlen.

ABSCHNITT III

Änderung des Gesetzes über vermögenswirksame Leistungen für Beamte, Richter, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit

§ 9

§ 2 des Gesetzes über vermögenswirksame Leistungen für Beamte, Richter, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173, 1237), das durch Artikel 15 des Gesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Folgender neuer Absatz 2 wird eingefügt:

„(2) Beamte und Soldaten, deren Grundgehalt nebst Amtszulagen und Ortszuschlag der Stufe 2 oder deren Anwärterbezüge 1 900 Deutsche Mark monatlich nicht erreichen, erhalten ab 1. März 1981 26 Deutsche Mark, teilzeitbeschäftigte Beamte 13 Deutsche Mark. Bei teilzeitbeschäftigten Beamten tritt an die Stelle des Betrages von 1 900 Deutsche Mark der Betrag, der dem Verhältnis der ermäßigten Arbeitszeit zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.“

2. Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden Absätze 3 und 4.

ABSCHNITT IV

Übergangsvorschrift

§ 10

Empfänger von Dienst- oder Anwärterbezügen, deren Grundgehalt nebst Amtszulagen und Ortszuschlag der Stufe 2 oder deren Anwärterbezüge 1 900 Deutsche Mark monatlich nicht erreichen, erhalten in der Zeit vom 1. März 1980 bis 28. Februar 1981 eine Zulage nach § 11.

§ 11

(1) Die Zulage beträgt monatlich 13 Deutsche Mark, bei teilzeitbeschäftigten Beamten monatlich 6,50 Deutsche Mark.

(2) Für die Höhe der Zulage sind jeweils die Verhältnisse am Ersten des Kalendermonats maßgebend.

(3) Die Zulage ist mit den Dienst- oder Anwärterbezügen zu zahlen.

§ 12

Die Zulage wird für jeden Berechtigten im Kalendermonat nur einmal gewährt. § 8 Abs. 2 Satz 1 und Absatz 5 dieses Gesetzes gilt entsprechend.

ABSCHNITT V

Schlußvorschriften

§ 13

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 14

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. März 1980 in Kraft.

Anlage 1

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
A 1	II	889,29	918,75	948,21	977,67	1 007,13	1 036,59	1 066,05
A 2		941,95	971,41	1 000,87	1 030,33	1 059,79	1 089,25	1 118,71
A 3		1 009,14	1 040,26	1 071,38	1 102,50	1 133,62	1 164,74	1 195,86
A 4		1 047,36	1 083,36	1 119,36	1 155,36	1 191,36	1 227,36	1 263,36
A 5		1 084,22	1 125,25	1 166,28	1 207,31	1 248,34	1 289,37	1 330,40
A 6		1 147,97	1 190,51	1 233,05	1 275,59	1 318,13	1 360,67	1 403,21
A 7		1 240,39	1 282,93	1 325,47	1 368,01	1 410,55	1 453,09	1 495,63
A 8		1 299,01	1 351,44	1 403,87	1 456,30	1 508,73	1 561,62	1 616,67
A 9	Ic	1 451,50	1 505,59	1 561,95	1 618,75	1 676,60	1 739,64	1 802,68
A 10		1 589,42	1 667,74	1 746,06	1 824,38	1 902,70	1 981,02	2 059,34
A 11		1 851,87	1 932,11	2 012,35	2 092,59	2 172,83	2 253,07	2 333,31
A 12		2 016,89	2 112,57	2 208,25	2 303,93	2 399,61	2 495,29	2 590,97
A 13	Ib	2 285,33	2 388,63	2 491,93	2 595,23	2 698,53	2 801,83	2 905,13
A 14		2 352,34	2 486,28	2 620,22	2 754,16	2 888,10	3 022,04	3 155,98
A 15		2 652,49	2 799,73	2 946,97	3 094,21	3 241,45	3 388,69	3 535,93
A 16		2 948,00	3 118,30	3 288,60	3 458,90	3 629,20	3 799,50	3 969,80

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungs- gruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
B 1	Ib	4 713,85
B 2		5 590,69
B 3	Ia	5 849,13
B 4		6 237,90
B 5		6 683,94
B 6		7 105,12
B 7		7 514,83
B 8		7 941,88
B 9		8 472,13
B 10		10 118,68
B 11		11 047,28

Dienstaltersstufe								Dienstalters- zulage
8	9	10	11	12	13	14	15	
1 095,51	1 124,97							29,46
1 148,17	1 177,63	1 207,09						29,46
1 226,98	1 258,10	1 289,22						31,12
1 299,36	1 335,36	1 371,36						36,00
1 371,43	1 412,46	1 453,49						41,03
1 445,75	1 488,29	1 530,83	1 574,39					1)
1 538,17	1 582,14	1 626,80	1 671,46	1 717,77	1 767,35			1)
1 671,72	1 729,61	1 790,72	1 851,83	1 912,94	1 974,05			1)
1 865,72	1 928,76	1 991,80	2 054,84	2 117,88	2 180,92			1)
2 137,66	2 215,98	2 294,30	2 372,62	2 450,94	2 529,26			78,32
2 413,55	2 493,79	2 574,03	2 654,27	2 734,51	2 814,75	2 894,99		80,24
2 686,65	2 782,33	2 878,01	2 973,69	3 069,37	3 165,05	3 260,73		95,68
3 008,43	3 111,73	3 215,03	3 318,33	3 421,63	3 524,93	3 628,23		103,30
3 289,92	3 423,86	3 557,80	3 691,74	3 825,68	3 959,62	4 093,56		133,94
3 683,17	3 830,41	3 977,65	4 124,89	4 272,13	4 419,37	4 566,61	4 713,85	147,24
4 140,10	4 310,40	4 480,70	4 651,00	4 821,30	4 991,60	5 161,90	5 332,20	170,30

1) Die Dienstalterszulage beträgt

in Besol- dungs- gruppe	von Dienst- alters- stufe	bis Dienst- alters- stufe	DM
A 6	1	10	42,54
	10	11	43,56
A 7	1	8	42,54
	8	9	43,97
	9	11	44,66
	11	12	46,31
	12	13	49,58
A 8	1	5	52,43
	5	6	52,89
	6	8	55,05
	8	9	57,89
	9	13	61,11
A 9	1	2	54,09
	2	3	56,36
	3	4	56,80
	4	5	57,85
	5	13	63,04

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besoldungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarifklasse							
C 1	I b	Stufe 1 2 813,91				Stufe 2 2 917,24		
		Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 2	I b	2 291,61	2 456,21	2 620,81	2 785,41	2 950,01	3 114,61	3 279,21
C 3		2 589,87	2 776,23	2 962,59	3 148,95	3 335,31	3 521,67	3 708,03
C 4	I a	3 354,18	3 541,52	3 728,86	3 916,20	4 103,54	4 290,88	4 478,22

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarifklasse	Stufe						
		1	2	3	4	5	6	7
		Lebensalter						
		31	33	35	37	39	41	43
R 1	I b	2 961,07	3 171,44	3 381,81	3 592,18	3 802,55	4 012,92	4 223,29
R 2		3 464,51	3 674,88	3 885,25	4 095,62	4 305,99	4 516,36	4 726,73

R 3	I a	5 849,13
R 4		6 237,90
R 5		6 683,94
R 6		7 105,12
R 7		7 514,83
R 8		7 941,88
R 9		8 472,13
R 10		10 588,07

		Stufe 3 3 020,54						
Dienstaltersstufe								Dienstalters- zulage
8	9	10	11	12	13	14	15	
3 443,81	3 608,41	3 773,01	3 937,61	4 102,21	4 266,81	4 431,41	4 596,01	164,60
3 894,39	4 080,75	4 267,11	4 453,47	4 639,83	4 826,19	5 012,55	5 198,91	186,36
4 665,56	4 852,90	5 040,24	5 227,58	5 414,92	5 602,26	5 789,60	5 976,94	187,34

			Lebensalters- zulage
8	9	10	
45	47	49	
4 433,66	4 644,03	4 854,40	210,37
4 937,10	5 147,47	5 357,84	210,37

Anlage 2

Ortszuschlag
(Monatsbeträge)

Tarif klasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder	Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	720,65	835,61	933,96	1 027,96	1 071,58	1 154,24	1 236,90	1 339,86
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	607,94	722,90	821,25	915,25	958,87	1 041,53	1 124,19	1 227,15
I c	A 9 bis A 12	540,29	655,25	753,60	847,60	891,22	973,88	1 056,54	1 159,50
II	A 1 bis A 8	508,95	618,45	716,80	810,80	854,42	937,08	1 019,74	1 122,70

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 102,96 DM.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2: Tarifklasse I c 421,43 DM
Tarifklasse II 396,99 DM

Anlage 3 a

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	801	961	1 121	1 281	1 441	1 601	1 761	1 921	2 081	2 241	2 401	2 561
A 5 bis A 6	913	1 082	1 251	1 420	1 589	1 758	1 927	2 096	2 265	2 434	2 603	2 772
A 7 bis A 8	1 034	1 220	1 406	1 592	1 778	1 964	2 150	2 336	2 522	2 708	2 894	3 080
A 9	1 220	1 420	1 620	1 820	2 020	2 220	2 420	2 620	2 820	3 020	3 220	3 420
A 10	1 383	1 592	1 801	2 010	2 219	2 428	2 637	2 846	3 055	3 264	3 473	3 682
A 11	1 523	1 745	1 967	2 189	2 411	2 633	2 855	3 077	3 299	3 521	3 743	3 965
A 12	1 693	1 927	2 161	2 395	2 629	2 863	3 097	3 331	3 565	3 799	4 033	4 267
A 13	1 861	2 105	2 349	2 593	2 837	3 081	3 325	3 569	3 813	4 057	4 301	4 545
A 14	2 031	2 283	2 535	2 787	3 039	3 291	3 543	3 795	4 047	4 299	4 551	4 803
A 15	2 270	2 542	2 814	3 086	3 358	3 630	3 902	4 174	4 446	4 718	4 990	5 262
A 16 bis B 2	2 448	2 739	3 030	3 321	3 612	3 903	4 194	4 485	4 776	5 067	5 358	5 649
B 3 bis B 4	2 483	2 795	3 107	3 419	3 731	4 043	4 355	4 667	4 979	5 291	5 603	5 915
B 5 bis B 7	2 758	3 102	3 446	3 790	4 134	4 478	4 822	5 166	5 510	5 854	6 198	6 542
B 8 und höher	3 016	3 411	3 806	4 201	4 596	4 991	5 386	5 781	6 176	6 571	6 966	7 361

Anlage 3 b

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	681	817	953	1 089	1 225	1 361	1 497	1 633	1 769	1 905	2 041	2 177
A 5 bis A 6	776	920	1 064	1 208	1 352	1 496	1 640	1 784	1 928	2 072	2 216	2 360
A 7 bis A 8	879	1 037	1 195	1 353	1 511	1 669	1 827	1 985	2 143	2 301	2 459	2 617
A 9	1 037	1 207	1 377	1 547	1 717	1 887	2 057	2 227	2 397	2 567	2 737	2 907
A 10	1 176	1 354	1 532	1 710	1 888	2 066	2 244	2 422	2 600	2 778	2 956	3 134
A 11	1 295	1 484	1 673	1 862	2 051	2 240	2 429	2 618	2 807	2 996	3 185	3 374
A 12	1 439	1 638	1 837	2 036	2 235	2 434	2 633	2 832	3 031	3 230	3 429	3 628
A 13	1 582	1 789	1 996	2 203	2 410	2 617	2 824	3 031	3 238	3 445	3 652	3 859
A 14	1 726	1 940	2 154	2 368	2 582	2 796	3 010	3 224	3 438	3 652	3 866	4 080
A 15	1 930	2 161	2 392	2 623	2 854	3 085	3 316	3 547	3 778	4 009	4 240	4 471
A 16 bis B 2	2 081	2 328	2 575	2 822	3 069	3 316	3 563	3 810	4 057	4 304	4 551	4 798
B 3 bis B 4	2 111	2 376	2 641	2 906	3 171	3 436	3 701	3 966	4 231	4 496	4 761	5 026
B 5 bis B 7	2 344	2 636	2 928	3 220	3 512	3 804	4 096	4 388	4 680	4 972	5 264	5 556
B 8 und höher	2 564	2 900	3 236	3 572	3 908	4 244	4 580	4 916	5 252	5 588	5 924	6 260

Anlage 3 c

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	561	673	785	897	1 009	1 121	1 233	1 345	1 457	1 569	1 681	1 793
A 5 bis A 6	639	757	875	993	1 111	1 229	1 347	1 465	1 583	1 701	1 819	1 937
A 7 bis A 8	724	854	984	1 114	1 244	1 374	1 504	1 634	1 764	1 894	2 024	2 154
A 9	854	994	1 134	1 274	1 414	1 554	1 694	1 834	1 974	2 114	2 254	2 394
A 10	968	1 114	1 260	1 406	1 552	1 698	1 844	1 990	2 136	2 282	2 428	2 574
A 11	1 066	1 221	1 376	1 531	1 686	1 841	1 996	2 151	2 306	2 461	2 616	2 771
A 12	1 185	1 349	1 513	1 677	1 841	2 005	2 169	2 333	2 497	2 661	2 825	2 989
A 13	1 303	1 474	1 645	1 816	1 987	2 158	2 329	2 500	2 671	2 842	3 013	3 184
A 14	1 422	1 598	1 774	1 950	2 126	2 302	2 478	2 654	2 830	3 006	3 182	3 358
A 15	1 589	1 779	1 969	2 159	2 349	2 539	2 729	2 919	3 109	3 299	3 489	3 679
A 16 bis B 2	1 714	1 918	2 122	2 326	2 530	2 734	2 938	3 142	3 346	3 550	3 754	3 958
B 3 bis B 4	1 738	1 956	2 174	2 392	2 610	2 828	3 046	3 264	3 482	3 700	3 918	4 136
B 5 bis B 7	1 931	2 172	2 413	2 654	2 895	3 136	3 377	3 618	3 859	4 100	4 341	4 582
B 8 und höher	2 111	2 388	2 665	2 942	3 219	3 496	3 773	4 050	4 327	4 604	4 881	5 158

Anlage 3 d

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

– Gemeinschaftsunterkunft oder Gemeinschaftsverpflegung –
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	393	471	549	627	705	783	861	939	1 017	1 095	1 173	1 251
A 5 bis A 6	447	530	613	696	779	862	945	1 028	1 111	1 194	1 277	1 360
A 7 bis A 8	507	598	689	780	871	962	1 053	1 144	1 235	1 326	1 417	1 508
A 9	598	696	794	892	990	1 088	1 186	1 284	1 382	1 480	1 578	1 676
A 10	678	780	882	984	1 086	1 188	1 290	1 392	1 494	1 596	1 698	1 800
A 11	746	855	964	1 073	1 182	1 291	1 400	1 509	1 618	1 727	1 836	1 945
A 12	830	945	1 060	1 175	1 290	1 405	1 520	1 635	1 750	1 865	1 980	2 095
A 13	912	1 032	1 152	1 272	1 392	1 512	1 632	1 752	1 872	1 992	2 112	2 232
A 14	995	1 118	1 241	1 364	1 487	1 610	1 733	1 856	1 979	2 102	2 225	2 348
A 15	1 112	1 245	1 378	1 511	1 644	1 777	1 910	2 043	2 176	2 309	2 442	2 575
A 16 bis B 2	1 200	1 343	1 486	1 629	1 772	1 915	2 058	2 201	2 344	2 487	2 630	2 773
B 3 bis B 4	1 217	1 370	1 523	1 676	1 829	1 982	2 135	2 288	2 441	2 594	2 747	2 900
B 5 bis B 7	1 352	1 521	1 690	1 859	2 028	2 197	2 366	2 535	2 704	2 873	3 042	3 211
B 8 und höher . .	1 478	1 672	1 866	2 060	2 254	2 448	2 642	2 836	3 030	3 224	3 418	3 612

Anlage 3 e

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

– Gemeinschaftsunterkunft oder Gemeinschaftsverpflegung –
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	477	572	667	762	857	952	1 047	1 142	1 237	1 332	1 427	1 522
A 5 bis A 6	543	643	743	843	943	1 043	1 143	1 243	1 343	1 443	1 543	1 643
A 7 bis A 8	615	726	837	948	1 059	1 170	1 281	1 392	1 503	1 614	1 725	1 836
A 9	726	845	964	1 083	1 202	1 321	1 440	1 559	1 678	1 797	1 916	2 035
A 10	823	947	1 071	1 195	1 319	1 443	1 567	1 691	1 815	1 939	2 063	2 187
A 11	906	1 038	1 170	1 302	1 434	1 566	1 698	1 830	1 962	2 094	2 226	2 358
A 12	1 007	1 146	1 285	1 424	1 563	1 702	1 841	1 980	2 119	2 258	2 397	2 536
A 13	1 108	1 253	1 398	1 543	1 688	1 833	1 978	2 123	2 268	2 413	2 558	2 703
A 14	1 209	1 359	1 509	1 659	1 809	1 959	2 109	2 259	2 409	2 559	2 709	2 859
A 15	1 351	1 512	1 673	1 834	1 995	2 156	2 317	2 478	2 639	2 800	2 961	3 122
A 16 bis B 2	1 457	1 630	1 803	1 976	2 149	2 322	2 495	2 668	2 841	3 014	3 187	3 360
B 3 bis B 4	1 477	1 662	1 847	2 032	2 217	2 402	2 587	2 772	2 957	3 142	3 327	3 512
B 5 bis B 7	1 641	1 846	2 051	2 256	2 461	2 666	2 871	3 076	3 281	3 486	3 691	3 896
B 8 und höher . .	1 794	2 029	2 264	2 499	2 734	2 969	3 204	3 439	3 674	3 909	4 144	4 379

Anlage 3 f

Auslandskinderzuschlag (§ 56)

(Monatsbeträge in DM je Kind)

nach § 56 Abs. 1 Nr. 1														Nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
Besoldungsgruppe	Stufe des Auslandszuschlages													
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
A 1 bis A 16 A 1 bis B 11	152	174	196	218	240	262	284	306	328	350	372	394	210	
Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.														Dieser Betrag erhöht sich für das dritte und jedes weitere Kind um 50,— DM.

Anlage 4

Zulage für die Beamten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
A 1 bis A 4	1 021	901
A 5 bis A 6	1 141	980
A 7 bis A 8	1 280	1 108
A 9	1 471	1 240
A 10	1 635	1 376
A 11	1 784	1 486
A 12	1 958	1 610
A 13	2 127	1 754
A 14	2 294	1 899
A 15	2 543	2 081
A 16	2 735	2 200
B 3	2 802	2 200
B 6	3 099	2 374
B 9 und höher	3 419	2 545

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte eben-

falls einen Anspruch nach § 45 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

Die Zulage erhöht sich für jedes Kind um 50 Deutsche Mark, für das dem Beamten Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 3 oder § 8 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde und das sich nicht nur vorübergehend im Haushalt des Beamten aufhält. Der Erhöhungsbetrag wird für jedes Kind nur einmal gezahlt.

Anlage 5

**Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratenzuschlag**

(Monatsbeträge in DM)

Eingangssamt, in das der An- wärter nach Ab- schluß des Vor- bereitungs- dienstes unmit- telbar eintritt	Grundbetrag		Verheiraten- zuschlag	
	vor Voll- endung des 26. Lebens- jahres	nach Voll- endung des 26. Lebens- jahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1. bis A 4	764	858	243	81
A 5 bis A 8	917	1 046	280	81
A 9 bis A 11	1 081	1 232	324	81
A 12	1 382	1 557	355	81
A 13	1 432	1 610	361	81
A 13 + Zulage (Artikel II § 6 Abs. 4 1. BesVNG) oder R 1	1 484	1 665	366	81

Anlage 6

Art der Zulage	Lfd. Nr.	geregelt in		Betrag in DM
1. Amtszulagen	1.1	Vorbemerkung Nr. 19 Satz 1 zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B		231,06
		Besoldungsgruppe	Fußnote	
	1.2	A 2	1	33,39
	1.3	A 3	1,2	33,39
	1.4	A 4	1,2	33,39
	1.5	A 5	3,4	33,39
	1.6	A 7	3	41,43
	1.7	A 8	3	53,43
	1.8	A 9	4	248,75
	1.9	A 12	7,8	144,42
	1.10	A 13	6	115,53
			7	173,30
	1.11	A 14	5	173,30
	1.12	A 15	7	173,30
	1.13	B 10	1,2	400,53
	1.14	R 1	1,2	173,30
	1.15	R 2	3 bis 8,10	173,30
	1.16	R 3	3	173,30
	1.17	R 8	2	346,59

Begründung

I. Allgemeines

Die Dienst- und Versorgungsbezüge sind zuletzt mit Wirkung vom 1. März 1979 durch das Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (Bundesbesoldungs- und -versorgungserhöhungsgesetz 1979) vom 30. Juli 1979 (BGBl. I S. 1285) erhöht worden.

Im Hinblick auf die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (vgl. § 14 BBesG/§ 70 BeamtVG) sieht der vorliegende Gesetzentwurf eine Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge ab 1. März 1980 vor; der Geltungsbereich erstreckt sich auf Bund und Länder.

Die Anpassung umfaßt eine lineare Anhebung der Grundgehälter, Amtszulagen, Zuschüsse zum Grundgehalt für Professoren an Hochschulen, Ortszuschläge und Anwärterbezüge (Abschnitt I); Empfänger niedrigerer Besoldungs- und Versorgungsbezüge erhalten als Belastungsausgleich außerdem eine zusätzliche Zahlung (Abschnitt II).

Ferner werden für die Empfänger niedrigerer Besoldungsbezüge ab 1. März 1981 die vermögenswirksamen Leistungen angehoben (Abschnitt III) und bis zum Inkrafttreten dieser Regelung übergangsweise ab 1. März 1980 eine monatliche Zulage gewährt (Abschnitt IV).

Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates (Artikel 74 a Abs. 2 GG).

II. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Abschnitt I

(Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge)

1. Zu § 1

Die Grundgehaltssätze und Amtszulagen der Beamten, Richter und Soldaten sollen ab 1. März 1980 um 6,3 v. H. erhöht werden. Die maßgebenden neuen Grundgehaltssätze ergeben sich aus der Anlage 1, die neuen Sätze der Amtszulagen aus der Anlage 6.

Die in der Anlage V des Bundesbesoldungsgesetzes enthaltenen Sätze des Ortszuschlages sollen ebenfalls ab 1. März 1980 um 6,3 v. H. angehoben werden. Die neuen Sätze des Ortszuschlages ergeben sich aus der Anlage 2 des Gesetzentwurfes. Die Anwendung auf Versorgungsempfänger ergibt sich aus § 50 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes.

Entsprechend der Anhebung der Grundgehaltssätze und der übrigen genannten Besoldungsbestandteile werden ferner u. a. die Sätze des Auslandszuschlages und des Auslandskindierzuschlages (Anlage 3 a bis 3 f des Gesetzentwurfes) sowie die Sätze der Zulage nach § 45 BBesG für die Beamten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deut-

schen Demokratischen Republik (Anlage 4 des Gesetzentwurfes) angepaßt.

In die allgemeine Besoldungserhöhung einbezogen werden auch die Anwärterbezüge (Anlage 5 des Gesetzentwurfes).

2. Zu § 2

Bei den in Absatz 1 genannten Besoldungsbestandteilen und bei weiteren fortgeltenden landesrechtlichen Vorschriften (Absatz 2) bedarf es einer Erstreckung der Erhöhung auf diese Regelungen, wie er den Anlagen 1 und 6 des Gesetzentwurfes zugrunde liegt. Mit erfaßt sind Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen in Regelungen für den Kommunalbereich.

In Absatz 3 werden die Berechnungs- und Rundungsgrundsätze für die in den Absätzen 1 und 2 getroffenen Regelungen festgelegt.

3. Zu § 3

Die Vorschrift enthält die Anpassung der Versorgungsbezüge entsprechend den Regelungen in den §§ 1 und 2 des Gesetzentwurfes.

4. Zu § 4

Die Vorschrift ist notwendig im Hinblick auf das neue System der Anpassung der Versorgungsbezüge (§§ 70 bis 76 des Beamtenversorgungsgesetzes).

Zu Abschnitt II

(Zusätzliche Zahlung)

Abschnitt II regelt eine die lineare Erhöhung ergänzende einmalige Zahlung für die beim Inkrafttreten des Gesetzes (1. März 1980) vorhandenen Empfänger niedrigerer Dienst- und Versorgungsbezüge.

Zu Abschnitt III

(Vermögenswirksame Leistungen)

Zu Abschnitt IV

(Übergangsvorschrift)

Anhebung der vermögenswirksamen Leistungen für Beamte einschließlich Anwärter und Soldaten, deren Grundgehalt nebst Amtszulagen und Ortszuschlag der Stufe 2 oder deren Anwärterbezüge (Anwärtergrundbetrag, Anwärterverheiratenzuschlag, Anwärtersonderzuschlag) weniger als 1900 Deutsche Mark monatlich betragen, ab 1. März 1981. Übergangsweise wird bereits ab 1. März 1980 eine monatliche Zulage für Besoldungsempfänger nach Abschnitt III gewährt.

Zu Abschnitt V

(Schlußvorschriften)

1. Zu § 13

Berlin-Klausel

2. Zu § 14

Inkrafttreten

III. Kosten

Der Gesetzentwurf führt zu nachstehenden Mehrausgaben für die öffentlichen Haushalte. Die sich aus entsprechenden Tarifverträgen für die Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes ergebenden Mehrkosten sind nicht berücksichtigt.

1. Bundeshaushalt**1.1 Obergruppe 42**

Millionen DM

Abschnitt I Jahresbetrag	706,6
(Haushaltsbelastung 1980 = ¹¹ / ₁₃)	597,9)
Abschnitt II (einmalig 1980)	20,5
Abschnitte III und IV Jahresbetrag	27,3
(Haushaltsbelastung 1980 aus Abschnitt IV = ¹⁰ / ₁₂)	22,7)

1.2 Obergruppe 43

Abschnitt I Jahresbetrag	543,2
(Haushaltsbelastung 1980 = ¹¹ / ₁₃)	459,6)
Abschnitt II (einmalig)	3,5

Der Finanzplan ist bei der Fortschreibung für 1981ff. anzupassen.

2. Auswirkungen auf andere öffentliche Haushalte (zum Teil geschätzt)

	Besol- dung	Ver- sorgung
	Millionen DM	
2.1 Deutsche Bundesbahn		
Abschnitt I Jahresbetrag	365,0	306,6
(Haushaltsbelastung 1980)	(308,9)	(259,4)
Abschnitt II (einmalig 1980)	1,5	2,2
Abschnitte III und IV Jahresbetrag	4,4	—
(Haushaltsbelastung 1980 aus Abschnitt IV = ¹⁰ / ₁₂)	(3,7)	—
2.2 Deutsche Bundespost		
Abschnitt I Jahresbetrag	531,9	176,4
(Haushaltsbelastung 1980)	(450,1)	(149,3)

	Besol- dung	Ver- sorgung
	Millionen DM	
Abschnitt II (einmalig 1980)	3,3	1,4
Abschnitte III und IV Jahresbetrag	10,9	—
(Haushaltsbelastung 1980 aus Abschnitt IV = ¹⁰ / ₁₂)	(9,1)	—
2.3 Länder und Stadtstaaten		
Abschnitt I Jahresbetrag	2 514,8	735,1
(Haushaltsbelastung 1980)	(2 127,9)	(622,0)
Abschnitt II (einmalig 1980)	4,8	1,0
Abschnitte III und IV Jahresbetrag	19,0	—
(Haushaltsbelastung 1980 aus Abschnitt IV = ¹⁰ / ₁₂)	(15,8)	—
2.4 Gemeinden und Gemeindeverbände (Gebietskörperschaften)		
Abschnitt I Jahresbetrag	355,2	172,2
(Haushaltsbelastung 1980)	(300,5)	(145,7)
Abschnitt II (einmalig 1980)	0,7	0,5
Abschnitte III und IV Jahresbetrag	3,2	—
(Haushaltsbelastung 1980 aus Abschnitt IV = ¹⁰ / ₁₂)	(2,6)	—
2.5 Sonstige (Sozialversicherungsträger usw. im Bundes- und Länderbereich)		
Abschnitt I (Jahresbetrag)	62,0	40,0
(Haushaltsbelastung 1980)	(52,5)	(33,8)
Abschnitt II (einmalig 1980)	0,2	0,2
Abschnitt III und IV Jahresbetrag	0,6	—
(Haushaltsbelastung 1980 aus Abschnitt IV = ¹⁰ / ₁₂)	(0,5)	—

Die Auswirkungen der Maßnahmen des Gesetzentwurfs auf die Einzelpreise und das allgemeine Verbraucherpreisniveau sind nicht quantifizierbar, sie dürften sich aber in gesamtwirtschaftlich vertretbarem Rahmen halten.

Zur Durchführung des Gesetzes wird zusätzliches Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden nicht benötigt.